Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 1. Februar 1879. Nr. 54.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 31. Januar.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um $10^{1}/_{2}$ Uhr.

Am Ministertisch: v. Kameke, Dr. Friedenthal und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Verzeichniß der Petitionen, welche von den betreffenden Kommissionen zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet sind.

Es scheiden sechs Petitionen von dem Verzeichniß aus, im Uebrigen genehmigt das Haus die Beschlüsse der Kommissionen.

II. Fortsetzung der zweiten Berathung des Staatshaushaltsetats und zwar:

a. Kriegsministerium:

Einnahme 1,000,000 M.; dauernde Ausgaben 13,055 M.; einmalige Ausgabe (zur anderweiten Einrichtung des Zeughauses in Berlin — dritte Rate —) 1,000,000 M.

Der Etat wird genehmigt.

b. Bauverwaltung.

Einmalige und außerordentliche Ausgaben (Tit 41. Zum Neubau des Dicasterialgebäudes in Danzig 300,000 M.)

Auf den Antrag der Budgetkommission wird die geforderte Summe bewilligt.

c. Landwirthschaftliche Verwaltung

in Verbindung mit dem mündlichen Bericht der Budgetkommission über die Petition von Bürgern der Stadt Marggrabowa um Bewilligung der erforderlichen Mittel zur Subvention einer in Marggrabowa zu errichtenden landwirthschaftlichen Mittelschule.

Der Antrag der Budgetkommission geht dahin, das Verlangen, in der Provinz Ostpreußen noch eine zweite landwirthschaftliche Mittelschule zu errichten, der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Referent Abg. Lipke befürwortet diesen Antrag, indem er darauf verweist, daß der Kommissar des landwirthschaftlichen Ministers sich in der Kommission dahin geäußert, daß es auch der Wunsch des Ministers sei, zwei landwirthschaftliche Mittelschulen in der Provinz Ostpreußen zu errichten. Daß Verhandlungen darüber mit dem Oberpräsidenten geschwebt, wie dies in der Petition behauptet wird, sei von dem Kommissar bestätigt worden, doch sei über den Ort, wo die Schule zu errichten, kein Beschluß gefaßt worden. Es habe hierzu auch keine Veranlassung vorgelegen, da bis jetzt für eine solche Schule Geldmittel noch nicht flüssig gemacht worden. Die Kommission sei davon ausgegangen, daß, obwohl unter den gegenwärtigen Verhältnissen Sparsamkeit sich auf allen Gebieten empfehle, in dem vorliegenden Falle es wünschenswerth wäre, daß das Geld flüssig gemacht würde. Man habe es aber nicht für angezeigt gehalten, schon den jetzigen Etat damit zu belasten, und beantragt deshalb die Kommission Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung. Ueber den Ort, wo die Schule zu errichten, sei die Entscheidung dem Minister anheimgegeben.

Der Antrag der Kommission wird hierauf genehmigt.

Bei Kap. 108 (Thierarzneischulen) richtet Abg. Jungk an den Minister die Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß in denjenigen Provinzen, in denen die Schafpocken epidemisch auftreten, die Schafpockenimpfung obligatorisch eingeführt werde.

Minister Dr. Friedenthal erwidert, daß die Reichsbehörden ein Viehseuchengesetz für das Reich vorbereiten, in welchem voraussichtlich auch diese Frage ihre Erledigung finden werde. Uebrigens habe sich die Veterinärkommission im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen.

Abg. Dammann wünscht eine bessere Ausstattung der Thierarzneischule in Hannover, damit dieselbe in die Lage kommt, in erhöhtem Maße zu Gunsten der Landwirthschaft zu wirken. Was die Pockenimpfung der Lämmer anlangt, so spricht sich Redner im Gegensatz zu dem Abg. Jungk für ein Verbot der Impfung aus, da thatsächlich feststeht, daß die Pocken nur da epidemisch auftreten, wo die Impfung obligatorisch sei.

Abg. v. Meyer-Arnswalde wünscht die Bereitstellung ausreichender Mittel zu Veterinärzwecken.

Bei Kap. 111 (Landesmeliorationen, Deich- und Dünenwesen) bringt Abg. v. Minnigerode das Projekt der Nogatregulirung zur Sprache und betont, daß die Regierung die moralische Verpflichtung habe, den Interessenten mit möglichst großen Mitteln zu Hülfe zu kommen, damit das radikalste Projekt zur Durchführung gelange.

Bei Kap. 112 (Allgemeine Ausgaben) bespricht Abg. Hundt v. Hafften die Kreditverhältnisse der Grundbesitzer in der Provinz Posen und verlangt namentlich eine Förderung der Kreditverhältnisse des großen Grundbesitzes. Sodann wendet sich Redner zu dem Kapitel: Katholische Feiertage und bittet den Minister, dafür Sorge zu tragen, daß die Feiertage in den katholischen Gegenden auf die Hauptfesttage reduzirt werden. Der Minister möge einmal darüber nachdenken, wie viel ein Feiertag kostet. In Frankreich, dem katholischsten Lande der Welt, habe man sämmtliche Feiertage auf den Sonntag verlegt und man stehe sich wohl dabei. (Zuruf aus dem Centrum.) Die Arbeit paßt Ihnen also nicht (Heiterkeit); wir wollen den Menschen auf seine eigenen Beine stellen und ihn von dem Einflusse der Geistlichen befreien. (Abg. v. Stablewski: Oho!) Es zeigt das wieder, Herr von Stablewski, wie wenig Ihnen an der Fortentwickelung der Provinz Posen gelegen ist. (Heiterkeit.) Die zahlreichen Feiertage erklären es auch, daß die Milliarden so schnell verbraucht sind. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Endlich ist das Ei des Kolumbus gefunden. Wir Alle möchten gerne wissen, warum die Milliarden so schnell verbraucht sind; heute ist das Räthsel gelöst, die katholischen Feiertage in der Provinz Posen tragen die Schuld daran. (Große Heiterkeit.)

Abg. Hundt v. Hafften: Solche Witzeleien sei er an dem Vorredner gewöhnt. Er halte die Beseitigung der katholischen Feiertage für weit wichtiger, als alle Schutzzölle zusammengenommen. Befreie die Regierung die katholischen Arbeiter von dem Zwange, diese Feiertage zu halten, die Landwirthschaft bedürfe dann keines Schutzes.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich bin dem Herrn Vorredner für diese neue Aufklärung ebenfalls sehr dankbar. Ich bin zwar kein Schutzzöllner, aber ich habe mich doch gefreut, zu hören, daß, wenn Sie die Feiertage abschaffen, ein Schutzzoll nicht mehr nöthig sein werde. Es wird den Herren, welche sich mit dieser Frage beschäftigen, gewiß sehr erwünscht sein, hiervon zu hören.

Die Diskussion wird geschlossen und sämmtliche noch unerledigten Petitionen dieses Etats werden genehmigt.

Es folgt:

d. Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung.

Einnahme 88,326,915 M., dauernde Ausgaben 76,442,754 Mark, einmalige Ausgaben 1,235,000 Mk.

Referent Abg. Dr. Hammacher giebt zunächst eine Darstellung der Verhandlungen in der Kommission und empfiehlt Namens derselben: Die Einnahmen und Ausgaben zu bewilligen mit Ausnahme des Beitrages zu den Kosten der kanalisirten Saar zc., erste Rate der zu gewährenden Subvention 300,000 M., und außerdem folgenden Anträgen zuzustimmen:

1) die k. Staatsregierung für den Fall der Beibehaltung des Oberbergamts und der Bergakademie zu Clausthal um die Mittheilung einer Denkschrift über die Zwecke für diese Beibehaltung zu ersuchen;

2) die Staatsregierung zu ersuchen: a. die Einstellung des Betriebes bei den mit fortdauernden Zuschüssen arbeitenden kleineren Berg-, Hütten- und Salzwerken des Staates in Erwägung zu ziehen, b. gleichzeitig mit dem Etat dem Landtage das rechnungsmäßige Resultat des Betriebes der einzelnen Berg-, Hütten- und Salzwerke des Staates mitzutheilen, c. die Erläuterungen des nächsten Etats der Gesammtsumme beizufügen, welche für jedes einzelne im Betriebe befindliche Berg-, Hütten- und Salzwerk des Staates seit dem Jahre 1868 an Anlage- und Baukosten aufgewendet ist.

Reg.-Komm. Oberberghauptmann Serlo erklärt, daß die Regierung gegen den Antrag zu 2 für den Fall der Annahme desselben nichts einzuwenden habe.

Die Einnahmen werden bewilligt und der zu diesem Kapitel vorliegende Antrag zu 2 angenommen.

Zu Kap. 15 der dauernden Ausgaben liegt der Antrag zu 1 vor.

Abg. Otto-Zellerfeld beantragt dagegen: Unter Anerkennung der berechtigten Existenz des Oberbergamtes zu Clausthal und der Bergakademie daselbst dem Antrage der Budgetkommission die Zustimmung zu versagen.

Handelsminister Maybach: Ich werde, falls der Antrag der Kommission angenommen wird, die verlangte Denkschrift allerdings vorlegen. Allein ich halte es für meine Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß ich in Folge der Aufregung, welche der Beschluß der Kommission in den betreffenden Kreisen hervorgerufen hat, über die Verhältnisse vorläufige Information eingezogen habe. Auf Grund derselben kann ich bemerken, daß bisher kein Grund für die Aufhebung der in Rede stehenden Institute sich herausgestellt hat, wohl aber sehr viele Gründe gegen die Aufhebung sich geltend gemacht haben. Ich glaube daher, daß das Resultat der anzustellenden neuen Ermittelungen ein negatives sein wird.

Abg. Otto (Zellerfeld) erklärt sich entschieden gegen den Antrag der Kommission, der von der Erwägung ausgegangen sei, die Bergakademie in Berlin zu fördern und die gesammte Ausbildung der Bergleute zu konzentriren.

Abg. Miquel: Der Referent hat den Antrag sehr harmlos hingestellt; man wolle ja keine Entscheidung, nur eine Denkschrift. Ich glaube, es spricht der Antrag trotzdem deutlich genug aus, daß man zur Herbeiführung von Ersparnissen die Beseitigung dieser Institute will. Jedenfalls müssen solche Anträge eine bedeutende Beunruhigung hervorrufen und sollten deshalb nicht angenommen werden, wenn die Dinge, über welche Auskunft gefordert wird, so deutlich vor uns liegen, wie hier. Es handelt sich hier um ein Institut, das dem Staat nicht einen Groschen kostet, die Akademie in Klausthal wird aus eigenen Fonds unterhalten. Welches Interesse können wir denn haben, ein solches Institut aufzuheben? Es kann dies doch nur zu dem alleinigen Zweck geschehen, um das gesammte Bildungswesen in Berlin zu konzentriren. Dagegen muß ich mich aus praktischen Gründen entschieden erklären. Redner erklärt sich zum Schluß ebenso gegen die Aufhebung des Oberbergamts in Klausthal, über dessen Nothwendigkeit der Abg. Achenbach jedenfalls die beste Auskunft geben könne.

Reg.-Komm. Oberberghauptmann Serlo bestätigt, daß die Akademie in Klausthal einen Staatszuschuß nicht erforderlich mache. Wenn in der Kommission von dem Regierungskommissar eine entgegengesetzte Erklärung abgegeben, so beruhe dieselbe auf einem Irrthum.

Referent Abg. Dr. Hammacher hält sich in Folge dieser Erklärung berechtigt, Namens der Kommission den Antrag zurückzuziehen, insoweit er sich auf die Bergakademie bezieht. Derselbe habe zur Voraussetzung die Thatsache, daß die Akademie einen Staatszuschuß erhalte.

Abg. Dr. Achenbach: Ich stehe nicht an, offen meine Meinung über diesen Gegenstand auszusprechen. Ich habe, als ich von diesem Beschlusse der Kommission Kenntniß erhielt, denselben mit Bedauern aufgenommen sowohl im Interesse des Bergbaues selbst, als auch wegen der dadurch erzeugten Beunruhigung der dortigen Bevölkerung. Der Beschluß wird als ein unschuldiger und harmloser dargestellt, das ist er aber nicht. Es wird darin geradezu die Aufforderung gestellt, diese Behörden aufzuheben. Wenn dies die Absicht des Antrages ist, so ist es uns räthselhaft, warum man nicht sofort Stellung zur Sache genommen hat. Einen Beschluß zu fassen, der die Frage während eines ganzen Jahres in der Schwebe hält, einen solchen Beschluß halte ich für ungerechtfertigt. Was speziell das Oberbergamt anlangt, so haben wir im Jahre 1866 die Errichtung desselben allseitig anerkannt. Vergessen wir doch nicht, daß gerade der Harz die Pflanzstätte des preußischen Bergbaues ist. Woher nahm Friedrich der Große die Bergleute für den preußischen Bergbau? Was heute der preußische Bergbau ist, das verdanken wir den vielhundertjährigen Erfahrungen des Harzbergbaues. Ich weiß nicht, was denn die Kommission beabsichtigt. Will sie die Verwaltung etwa einem Direktorium unterstellen, wie dies bei dem Saarbrücker Bergbau der Fall ist, dann schrauben Sie die Beamten um einen Rang herunter, finanzielle Ersparnisse sind aber nicht davon zu erwarten. Ich glaube auch nicht, daß es sich bei einer so beschränkten Verwaltung empfiehlt, den Bergbeamten jede Aussicht auf eine weitere Karrière von vornherein abzuschneiden. Den Antrag der Kommission bitte ich abzulehnen.

Abg. Otto zieht seinen Antrag zurück und das Haus lehnt bei der Abstimmung den Antrag der Kommission ad 1 mit großer Majorität ab.

Die dauernden Ausgaben werden bewilligt.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben und zwar bei Tit. 1 Kap. 9 (zur Ausführung von Bohrversuchen 150,000 Mark) bedauert Abg. Schmidt-Stettin, daß die Regierung die Mittel für Bohrversuche so erheblich verringert hat. Er wünscht im Interesse der Sache, daß die Summe wieder auf den Betrag erhöht werden möchte.

Bei Tit. 2 und 3 (zu Bauprämien für Bergleute, welche in der Nähe der fiskalischen Steinkohlenbergwerke im Saarbrückener Bergwerksbezirke Wohnhäuser für eigene Rechnung) hält Abg. Berger-Witten die dafür ausgeworfene Summe von 160,000 Mark für unzureichend, um das vorhandene Bedürfniß zu decken.

Der Regierungs-Kommissar Oberberghauptmann Serlo erwidert, daß die Regierung auf demselben Boden stehe, wie der Vorredner, daß dagegen die gegenwärtige Finanzlage eine Erhöhung der Summe nicht gestatte.

Bei Tit. 6 (Kosten einer Anschlußbahn von dem fiskalischen Steinkohlen-Bergwerke Borgloh-Oesede nach dem Bahnhofe Georg-Marienhütte 250,000 Mark) richtet Abg. Windthorst-Meppen an den Referenten die Frage, ob in der Kommission bei Berathung dieses Titels auch der Bau einer Zweigbahn nach Osnabrück zur Sprache gekommen sei.

Kap. 9 Tit. 7 der einmaligen Ausgaben fordert als Beitrag zu den Kosten der kanalisirten Saar zc. erste Rate der zu gewährenden Staatssubvention 300,000 M.

Die Budgetkommission beantragt, diese Position nicht zu bewilligen.

Dagegen beantragen die Abgg. Knebel und Bopelius die als Subvention zur Vertiefung des Saarkanals und des Rhein-Marne-Kanales auf elsaß-lothringischem Gebiete geforderte erste Rate von 300,000 Mark mit Rücksicht auf den Mangel einer desfallsigen Uebereinkunft zwischen Preußen und dem Reichslande abzulehnen, hingegen anzuerkennen, daß die durch eine angemessene Subvention zu bewirkende Betheiligung Preußens an der Vertiefung der gedachten Kanäle im Interesse des Absatzes der fiskalischen Kohlengruben im Saarreviere gerechtfertigt erscheint.

Referent Hammacher erkennt das große Staatsinteresse an den projektirten Korrektionsarbeiten an, die Ablehnung müsse aber erfolgen, weil die Regierungs-Kommissarien in der Kommission über folgende maßgebende Vorfragen nicht informirt waren, nämlich wer das ganze Unternehmen ausführen wird, wie hoch sich die Gesammtkosten belaufen würden und mit welchem Prozentsatz sich der preußische Staat an denselben betheiligen solle.

Abg. Bopelius hält dieses Projekt finanziell so bedeutend, daß die Zustimmung zu der Intention des Projektes direkt ausgesprochen werden muß.

Regierungskommissar Oberberghauptmann Serlo bittet, den Antrag Knebel an Stelle der puren Ablehnung der Kommission anzunehmen, da ersterer die Regierung bei ihren Verhandlungen mit dem Reichslande kräftigen werde.

Der Antrag Knebel wird angenommen.

Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird im Uebrigen bewilligt. — Ebenso der Etat der Porzellan-Manufaktur, sowie die der Budgetkommission überwiesenen außerordentlichen Etats der Staatsschulden-Verwaltung, der Oberrechnungskammer und des Ministeriums des Innern.

Bei dem außerordentlichen Etat der Gestütverwaltnng (Kap. 14, Tit. 1, zum Ankauf von Pferden 191,000 Mk.) beantragten die Abgg. Frentzel und Quadt, die Regierung aufzufordern, daß dieselbe 1) falls die in der Denkschrift vorgesehene Einstellung von 90 Landbeschälern aus eigener Aufzucht der Hauptgestüte nicht möglich sein sollte, im nächsten Etat diejenigen Mittel bereit stelle, welche

zum vollen Ersatz der erfahrungsmäßigen Abnutzung erforderlich sind; 2) in Zukunft diese Summe im Ordinarium des Etats aufnehme.

Nachdem der Regierungskommissar die Zustimmung der Regierung zu den Intentionen dieses Antrages erklärt hat, wird derselbe zurückgezogen und der Rest dieses Etats unverändert bewilligt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Hessische Brand-Versicherungs-Anstalt. Nach der Vorlage soll die Anstalt kommunalständisches Institut des Regierungsbezirks Kassel werden. Die Kommission hat dem § 1 den Zusatz gegeben, daß die Beschließung und Abänderung des Reglements nur mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erfolgen kann.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Vorlage hatte den Zweck, das jetzt unbrauchbare Reglement sofort abzuändern; eine Erschwerung dieses Zweckes würde in dem Zusatze der Kommission liegen. Hegt man die Befürchtung, daß der hessische Kommunallandtag geeignete Vorschläge nicht machen wird, dann dürfte man ihm die Anstalt gar nicht übergeben.

Das Haus genehmigt den § 1 nach der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung und ohne weitere Debatte die übrigen Paragraphen des Gesetzes.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

Schluß 3¼ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 31. Januar. Gegenüber meiner neulichen Notiz über die Entscheidung der Reichskommission betreffs einer Schrift des Dr. Stamm bringen die Zeitungen jetzt ein Schreiben desselben aus der Schweiz, welches versichert, daß er niemals eine Beschwerde an die Reichskommission eingereicht und Niemand zur Einreichung einer solchen Vollmacht gegeben habe. Das kann richtig sein, ändert aber nichts an der Thatsache, daß die Reichskommission auf die vom Verleger des Herrn Stamm eingereichte Beschwerde in der von mir berichteten Weise entschieden hat. Ob der Verleger beim Einreichen der Beschwerde im Sinne Stamms gehandelt, müssen die beiden Herren unter sich abmachen; nach dem Gesetz war indeß der Verleger auch ohne Auftrag des Verfassers dazu legitimirt.

Die Reichskommission hat, wie schon durch den „Reichsanzeiger" bekannt geworden, das von der Kreishauptmannschaft in Dresden erlassene Verbot der Wochenschrift „der Kalkulator an der Elbe" aufgehoben. Das Verbot war erfolgt mit Bezug auf die Nummer vom 7. Dezember v. J. und speziell auf ein in derselben enthaltenes Gedicht. Die Aufhebung des Verbots Seitens der Reichskommission wird damit begründet, daß das Blatt bis dahin sozialdemokratische Tendenzen nicht verfolgt hatte und daß auch in dem fraglichen Gedicht zwar eine abfällige Kritik der Ausweisungsmaßregel, welche jedoch nicht nothwendig auf eine sozialdemokratische Parteistellung zurückzuführen sei, nicht aber sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Ordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise nachzuweisen sind.

Durch die französischen Vorgänge sind auch in den hiesigen höheren politischen Kreisen andere Fragen auf einen Augenblick in den Hintergrund gedrängt worden, unrichtig ist es aber, daß augenblicklich tiefe Krisen in Frankreich und eine Rückwirkung derselben auf die allgemeinen Beziehungen befürchtet würden. Die Deutung, welche man nach dieser Seite der schnellen Rückkehr des Fürsten Hohenlohe nach Paris gegeben, ist irrig. In derselben ist lediglich der Beweis zu erblicken, daß man, wie sich von selbst versteht, der neuen Wendung in Frankreich alle Aufmerksamkeit widmet.

Der im Reichskanzleramt ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes über die Sicherstellung der Pfandgläubiger wird nach Durchlaufung der vorbereitenden Stadien nun dem Bundesrath zugehen. Der Entwurf, welcher das Pfandrecht an Eisenbahnen regelt und insofern eine Ergänzung zur Konkursordnung bildet, ist den Regierungen und liegt zur Zeit dem preußischen Staatsministerium vor. Sobald dasselbe sein Votum abgegeben hat, wird der Entwurf dem Bundesrath zugehen.

Morgen wird der Bundesrath wieder eine Sitzung halten, für welche außer dem Reichshaushaltsetat der Entwurf zweier Bekanntmachungen, betreffend die ärztliche Prüfung und Vorprüfung, und der Entwurf eines Gesetzes über das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen auf der Tagesordnung stehen.

Voraussichtlich wird das Kriegsgericht in Sachen des „Großen Kurfürsten" heute seinen Spruch fällen. Der Admiralitätsrath hat in einer Sitzung vom 25. Januar seine Aufgaben erledigt. Falsch ist, daß dem Admiralitätsrath auch die Berathung einer neuen Fahrordnung aufgegeben war. Die Anwesenheit der Oberwerft-Direktoren läßt vielmehr schließen, daß man sich mit der Frage beschäftigt hat, wie weit eine neue Werftdienstordnung nothwendig sei, da der erweiterte Betrieb der Werften eine solche zu erfordern scheint.

Berlin, 31. Januar. Die Verhandlungen mit Herrn Professor Dr. Hirsch bezüglich Uebernahme einer Mission nach Rußland zur Erforschung des Standes der Pestepidemie Namens des Reichs und in Gemeinschaft mit einer Abordnung der österreichischen Regierung haben nunmehr zum Abschluß geführt. Herr Prof. Dr. Hirsch wird in Begleitung der Herren Stabsarzt Dr. Sommerbrod (Berlin) und Privatdozent Dr. Küßner (Halle) demnächst die Reise antreten.

Ueber die Pestepidemie liegt folgende Depesche des „W. T. B." vor:

Petersburg, 31. Januar. Nach einem offiziellen Telegramm des Gouverneurs von Astrachan von gestern sind in der Staniza Wetljanka und in den anderen Dörfern der Umgegend neue Erkrankungsfälle nicht vorgekommen. In Selitrenn sind vom 27. bis 28 d. Mts. 4 Personen gestorben, auch kam ein neuer Erkrankungsfall vor. Alle mit Kranken und Gestorbenen in Berührung gekommenen Personen sind isolirt, alle zur Leib- und Bettwäsche von Kranken und Gestorbenen gehörigen Gegenstände sind verbrannt worden. Zum Ersatz derselben werden von der Gesellschaft des Rothen Kreuzes neue Wäsche und neue Kleider verabreicht.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat bereits heute die Antwort des Ministerpräsidenten auf die Interpellation wegen der Pestgefahr berathen. Mehrere Abgeordnete sprachen sich, wie dem „W. T. B." aus Wien gemeldet wird, für strenge Maßregeln aus. Der Ministerpräsident erklärte, es seien alle erforderlichen Sicherheitsmaßregeln getroffen, ein Einvernehmen mit Ungarn, Deutschland, Italien und Rumänien angebahnt, verschiedene Maßregeln, wie beispielsweise die Entsendung von Aerzten, bereits gemeinschaftlich beschlossen. Unter großem Beifall des Hauses warnte der Minister-Präsident vor allen Sensations- und Allarm-Nachrichten und wurde darauf der Schluß der Debatte beschlossen.

— Die russischen Blätter bringen Mittheilungen über allerlei Vorschläge und Vorgänge in Betreff der Pest. Eine Versammlung von Aerzten in Petersburg beschäftigte sich am 27. Januar mit dem Plane, die Stadt Petersburg gegen die Gefahr zu schützen und zu diesem Zweck ein Pestcomité zu errichten. In der Nummer des „Golos", welcher wir diese Nachricht entnehmen, reiht sich ein medizinischer Artikel an den andern. So wird beispielsweise von einem zufälligen Korrespondenten auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche beim Aufgehen des Frühlings von den bedeutenden industriellen Centren Südrußlands her drohe, nämlich Rostow am Don, sowie dem ganzen Ufer des Don und des Arai von Rostow bis Tscherkaßk. Die Atmosphäre sei dort mit Aufgang des Stromes von jeher verpestet durch die Lage, die vielen Fischereien am Ufer und die in elenden Hütten wohnende Bevölkerung. Rostow sei Sommers erfüllt von den Miasmen seiner vielen Talgsiedereien und von einer elenden Arbeiterbevölkerung, die von allen Seiten dorthin zusammenströme. Die Verbindung mit Zarizyn sei die bequemste. Zuletzt werden nach dieser Seite hin Vorsichtsmaßregeln gefordert mit dem Bemerken, daß solche Einrichtungen natürlich zweckmäßig herzustellen wären, und nicht so, wie es beispielsweise bei dem neu errichteten Kordon von Zarizyn vorgekommen sei, „wo die Soldaten Jedermann für 10 Kopeken durch den Kordon lassen."

Berlin, 31. Januar. Ueber den weiteren Verlauf der französischen Krisis geben der „Nat.-Ztg." folgende Telegramme ihres Spezialkorrespondenten zu:

Paris, 31. Januar. Die Nachrichten aus sämmtlichen Departements melden, daß der Präsidentschaftswechsel überall die größte Freude erregt und nirgends besondere Kundgebungen veranlaßt hat. Paris ist so ruhig, als ob gar nichts vorgefallen wäre, und es muß hervorgehoben werden, daß die Aufregung bei dem Rücktritte des Herrn Thiers viel bedeutender war. Der Präsident der Republik, Jules Grevy, wird ein Manifest an die Nation und eine Botschaft an die Kammern erlassen, sobald das Kabinet gebildet ist. Bis jetzt beharrt Dufaure bei seiner Weigerung, die Neubildung des Kabinets zu übernehmen. Man hofft aber, daß er sich noch dazu wird bewegen lassen. Sonst würde Freycinet Konseil-Präsident werden; die beiden vertrauten Freunde Grevy's, die Deputirten Turquet und Wilson, werden für das Ministerium der schönen Künste, beziehentlich des Handels designirt. Teisserenc de Bort soll Botschafter in London werden. Außer dem Marquis d'Harcourt haben der Marquis de Gabriac, Botschafter beim Vatikan, und Graf Voguë, Botschafter in Wien, ihre Entlassung eingereicht.

Paris, 31. Januar. Die Wahl Gambetta's zum Präsidenten der Deputirtenkammer wird allgemein als Ergänzung der Ernennung Grevy's betrachtet. Die Wahl Gambetta's macht einen überaus günstigen, besonders beruhigenden Eindruck. Gambetta soll beabsichtigen, sich sofort im Palais der Präsidentschaft der Kammer am Quai d'Orsay zu installiren. Dadurch würde das Signal zur Rückkehr der Kammern nach Paris gegeben. Jules Grevy wird erst am Montag den Elysee-Palast beziehen, da der Auszug des Marschalls Mac Mahon natürlich einige Tage erfordert. Die Republikaner bezeigen sich sehr zufrieden mit der Haltung des Kriegsministers Gresley während der Krisis. Derselbe ertheilte sofort bei Beginn der Krisis den in Paris befindlichen Korps-Kommandanten Ordre, mit dem nächsten Eisenbahnzuge die Hauptstadt zu verlassen. In diplomatischen Kreisen hofft man, Waddington werde das Portefeuille des Aeußeren behalten.

Ferner liegen folgende Telegramme vor.

Versailles, 31. Januar. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde Gambetta mit 314 von 405 Stimmen zum Präsidenten gewählt, 67 Stimmzettel waren unbeschrieben und ungültig.

Im Senate gelangte die Interpellation des legitimistischen Abg. Fresneau über die Wahlumtriebe der Beamten in Morbihan zur Berathung. Der Senat beschloß nach den von Marcere und Dufaure abgegebenen Erklärungen den Uebergang zur einfachen Tagesordnung.

Senat und Kammer vertagten ihre Sitzungen auf nächsten Donnerstag.

Paris, 31. Januar. Die Minister waren heute Vormittag bei dem Präsidenten Grevy zur Berathung zusammengetreten. Eine Botschaft Grevy's wird erst in der nächsten Woche erwartet. Gambetta dürfte das Präsidium in der Kammer erst nach Einbringung der Botschaft Grevy's übernehmen.

Der Spezialkorrespondent des „B. T." sendet noch folgende Einzelheiten über die Aufnahme, welche der Brief des Marschalls gefunden. Er telegraphirt:

Paris, 31. Januar. Die republikanische Majorität wurde auf's Lebhafteste gerührt von der gentlemanliken Art, in welcher der Marschall zurücktritt, und der besonderen Höflichkeit, welche er Grevy gegenüber an den Tag legte. Die gesammte offiziöse Presse erhielt denn auch das Losungswort, in den rühmendsten Ausdrücken vom Marschall zu sprechen. Das Organ Gambetta's, die „Republique Francaise", zieht schon die Konsequenzen der neuen Lage und stellt ganz entschlossen den General Chancy, General-Gouverneur in Algerien, die sofortige Absetzung in Aussicht. Der orleanistische „Soleil" sagt, mit der Beendigung der gestrigen Krisis fingen die wahren Schwierigkeiten an. Schon schwirren die Minister-Kombinationen zu Hunderten durch die Lüfte. Am meisten Wahrscheinlichkeit hat noch das Gerücht, welches wissen will, Dufaure sei für die Präsidentschaft des Senats, Martel, der jetzige Senatspräsident, zum Justizminister in dem neu zu bildenden Kabinet bestimmt, dessen Präsidentschaft Leon Say übernehmen würde. Der arbeitsmüde Handelsminister Teisserenc de Bort soll den Grafen Harcourt in London als Botschafter ersetzen.

Provinzielles.

Stettin, 1. Februar. In der letzten Sitzung der Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses ist der Antrag des Referenten, Abg. Dr. Hofmann, auf Ueberweisung der Realschul-Petition, betreffend die „Zulassung zum Studium der Medizin", zur Berücksichtigung mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen. Durch diesen Beschluß, welchem sich das Plenum voraussichtlich anschließen wird, hat die Agitation zu Gunsten der Realschul-Abiturienten auf Zulassung zum Studium der Medizin eine wesentliche Förderung erfahren. Die Annahme würde aber doch verfehlt sein, daß ein Eingehen der Regierung auf den Wunsch der Petenten schon in Bälde zu erwarten wäre. Vorläufig ist man in den maßgebenden Kreisen des Kultusministeriums dem Wunsche der Petenten noch wenig geneigt.

— Gestern hat der Thürdrücker-Marder wieder etwas von sich hören lassen und von dem Salingrestift, Neue Wallstraße 1, und von dem Hause Deutschestraße 58 die Messingdrücker gestohlen.

Greiffenberg U.-M., 30. Januar. Bereits seit längerer Zeit wird innerhalb unserer städtischen Verwaltung die Frage ventilirt, ob Greiffenberg aus dem Verbande der Stadt Gemeinden ausscheiden und sich dem Verbande der Land-Gemeinden anschließen soll. Während sich unser Magistrat unbedingt für das Letztere ausgesprochen hatte, war von unseren Stadtverordneten beschlossen worden, daß Greiffenberg seine Stadtrechte behalten solle. Inzwischen ist auch der Herr Regierungsrath Kober hier gewesen, um die Frage, ob Stadt ob Land, mit den Vertretern unserer Stadt zu besprechen. Da nun eine beschränkte Städte-Ordnung in Aussicht gestellt ist, steht zu hoffen, daß unsere Stadtverordneten sich gleichfalls für das Ausscheiden aus dem Städte Verbande entscheiden werden. Daß dieser Wunsch im Kreise der Einwohnerschaft gehegt wird, möchte schon daraus hervorgehen, daß in diesem Sinne vor Kurzem eine Petition in unserer Mitte cirkulirte und zahlreiche Unterschriften gefunden hat. Der Grund, weshalb die Einwohnerschaft besonders Gewicht auf die Einverleibung in das platte Land legt, ist in der höchst ungünstigen Finanzlage unserer Stadt zu suchen; denn es ist notorisch, daß zur Deckung der städtischen Kommunalabgaben ein Zuschlag von 400 % der Klassensteuer erhoben werden muß. Wer daher so glücklich ist, ein Einkommen zu besitzen, von dem jährlich 36 Mark Klassensteuer zu zahlen sind, würde 144 Mrk. Kommunalsteuer zu entrichten haben. Wird dagegen die Landgemeinde-Verfassung eingeführt, so steht eine sehr erhebliche Ermäßigung der städtischen Abgaben, wenn auch nicht sogleich, so doch in Zukunft mit Bestimmtheit in Aussicht, da beispielsweise die Kommunal-Verwaltung des bedeutend größeren Fleckens Gramzow im Verhältniß zu unserer Stadt eine sehr billige ist. — Wünschen wir daher, daß die in nächster Zeit bevorstehenden Verhandlungen im Sinne einer Erleichterung unserer städtischen Abgaben ausfallen.

Stolp, 30. Januar. Wie uns mitgetheilt wird, zirkulirt gegenwärtig eine an den Fürsten von Bismarck gerichtete Petition bei den für den Bau der Eisenbahn Zollbrück Bütow sich Interessirenden zur Unterschrift, welche den Zweck hat, den Fürsten für Beschleunigung der den Bahnbau betreffenden Vorlage beim Abgeordnetenhause geneigt zu machen, damit der durch Mißernte, Arbeitslosigkeit und sonstige Uebelstände hervorgerufenen Noth ein möglichst schleuniges Ende gemacht werde. — Gestern fand die kirchliche Einweihung der neu erbauten Kirche zu Wendisch-Sillkow durch Herrn General-Superintendent Dr. Jaspis statt.

Colberg, 30. Januar. Gestern früh wurde der Förster Lewin zu Fritzow bei Colberg bei Ausübung seines Berufes im Walde von 2 Menschen schwer gemißhandelt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Viehmarkt.

Berlin, 31. Januar. Es standen zum Verkauf: 194 Rinder, 1479 Schweine, 496 Kälber, 696 Hammel.

Der Umsatz von Rindern, die nur durch 2. und 3. Waare vertreten waren, war ein kaum nennenswerther, da die Schlächter sich bei den gedrückten Preisen am verflossenen Montage großentheils für die Woche versorgt hatten. Es wurden daher nur je 48—50 resp. 36—38 Mk. pro 100 Pfd. Schlachtgewicht angelegt.

Der Auftrieb von Schweinen war für den kleinen Markt ein ziemlich bedeutender und bestand zum größeren Theil aus Russen, während beste Waare ganz fehlte. Das Geschäft gestaltete sich demgemäß sehr flau, die Preise erfuhren einen Rückgang und variirten zwischen 38—46 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Kälber verblieben bei sehr langsamem Geschäft auf dem letzt erzielten Preise von 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Von Hammeln wurden nur einzelne Stücke sehr verschiedener Qualität an den Mann gebracht, so daß eine Preisangabe nicht gut möglich ist.

Literarisches.

Wir machen unsere Leser auf das in unserem morgenden Blatte enthaltene Inserat, das Erscheinen des „Allgemeinen Börsen- und Verloosungsblattes" betreffend, besonders aufmerksam, da wir im Interesse unserer Leser dem Blatte eine möglichst große Verbreitung wünschen. Der Herausgeber, selbst Fachmann, läßt es sich angelegen sein, dem bestehenden Mangel eines Blattes, das in gedrängter Uebersicht alle den Besitzer von Werthpapieren interessirenden Nachrichten bringt, abzuhelfen. Hauptsächlich wird das genannte Organ sein Augenmerk auf eine möglichst reichhaltige Mittheilung von Verloosungen aller Effekten- und Loosegattungen richten und es kann dem Besitzer solcher Papiere nur dringend gerathen werden, sich des Blattes zur Information jeweiliger stattfindenden Verloosungen zu bedienen. Nur auf diese Weise ist es ihm möglich, einem etwaigen Verluste zu entgehen, der ihm durch die Unkenntniß der eingetretenen Entwerthung eines seiner Effekten erwachsen würde. Das Blatt bietet den Abonnenten außerdem den Vortheil mehrerer in demselben enthaltenen Koursberichte, sowie einer Rubrik „Briefkasten", unter welcher alle eingehenden Anfragen von Abonnenten beantwortet werden. Der Abonnementspreis wurde vom Herausgeber so niedrig normirt, daß es Jedem möglich ist, auf dasselbe zu abonniren; er beläuft sich in Anbetracht seines reichen Inhaltes auf den gewiß geringfügigen Betrag von nur M. 1 halbjährlich

Telegraphische Depeschen.

Karlsruhe, 31. Januar. Der „Badischen Landeszeitung" zufolge wird beabsichtigt, die oberrheinische Kirchenprovinz folgendermaßen zu organisiren: Straßburg und Metz sollen von dem Metropolitanverbande mit Besançon resp. Rheims losgelöst, Straßburg soll zum Erzbisthum erhoben werden. Freiburg-Konstanz und das Bisthum Rottenburg sollen selbstständig bleiben, neu errichtet werden Bisthümer in Bruchsal und Worms. Trier soll Erzbisthum werden mit Suffragan-Bischöfen in Metz, Mainz, Fulda und Limburg.

München, 31. Januar. Der Reichsrath hat heute die Beschwerde, daß durch die Errichtung von Simultan-Schulen die Verfassung verletzt werde, nach längerer Berathung dem Antrage des Ausschusses entsprechend, mit 32 gegen 14 Stimmen zurückgewiesen.

München, 31. Januar. Die zweite Kammer hat den modifizirenden Antrag des Reichsraths zu § 55 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz mit großer Majorität angenommen und das ganze Gesetz hierauf einstimmig genehmigt. Der Gesetzentwurf über Besteuerung der Wanderlager wurde auf den Antrag des Abg. Ruppert einem aus 14 Mitgliedern bestehenden Ausschusse überwiesen. Der Finanzminister befürwortete und erläuterte den Gesetzentwurf, welcher loyal ausgeführt werden und das Reichsgesetz keineswegs untergraben solle, sondern lediglich bezwecke, den Gewerbebetrieb nach Recht und Billigkeit zu besteuern.

Wien, 31. Januar. Wie verschiedene Blätter melden, hat der Abg. Skene an den Obmann des Fortschrittsklubs ein Schreiben gerichtet, in welchem er anzeigt, daß er sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt hat.

Wien, 31. Januar. Der türkische Botschafter Savfet Pascha wurde heute von dem Kaiser in Audienz empfangen.

Wien, 31. Januar. Die „Polit. Corresp." meldet aus Konstantinopel verschiedene Details über ein von französischen Kapitalisten offerirtes Finanzprojekt, an deren Spitze sich Tocqueville befindet. Danach wird ein Vorschuß von 150 Millionen Francs offerirt und ein für die türkischen Gläubiger günstiges Arrangement der Konvertirung der türkischen Schuld im Wege einer durch gewisse Einnahmen, besonders durch die Zolleinkünfte zu leistenden Garantie. Die Zollämter sollen durch Europäer verwaltet und die Zölle um 2 Prozent erhöht werden. Dem Vernehmen nach würde das Projekt von dem französischen Botschafter Fournier unterstützt, während die Engländer sich demselben wenig sympathisch zeigten. Tocqueville sei, da die Pforte sich geneigt gezeigt habe, auf das Projekt einzugehen, zu weiteren Verhandlungen am 29. d. nach Paris zurückgereist.

Der neu ernannte Delegirte zu den Verhandlungen mit Griechenland, Constant Pascha, soll heute nach Prevesa abreisen.

Der französische Botschafter in London, Marquis d'Harcourt, hat ein Demissionsgesuch eingeschickt.

Bukarest, 31. Januar. Die Kammer votirte einstimmig einen Kredit von 450,000 Francs zur Bestreitung der Kosten für die gegen Einschleppung der Pest zu treffenden Vorsichtsmaßregeln.